

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt“ erscheint mit sämtlichen Beilagen sowie „Witz und Satir“ als Publikations-Organ der genossenschaftlichen u. ernerwerblichen Organisationen u. a. m. Organ der Arbeiter, Arbeiterinnen, Arbeiterinnen u. a. m. Organ der Arbeiter, Arbeiterinnen, Arbeiterinnen u. a. m. Organ der Arbeiter, Arbeiterinnen, Arbeiterinnen u. a. m.

Bezugspreis monatlich 2,00 RM. u. 0,30 RM. Subskriptionsgebühren insgesamt 2,30 RM. für 10 Hefen monatlich 0,30 RM. Belegpreis 2,00 RM. durch Verlangen pagiert 2,70 RM. bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,00 RM. — Anzeigenpreis 13 Pf. im Anzeigen- und 10 Pf. im Belegpreis der Zeitungen. Hauptvertriebsstelle: G. W. W. Halle 4. Nr. 2405, 2407, 2408, 2409. Verlagsdruckerei: 2413. Halle.

Schönfärberei in Rußland

Bolschewistische Dichtung und traurige Wahrheit

Der trügerische Bericht des Stalinisten Molotow über die Wirtschaftslage Rußlands

An die Stelle Platons, der als Vorsitzender des russischen Rates der Volkskommissare wegen mangelnder Begeisterung für die „Generallinie“ Stalins abgesetzt worden war, ist von Stalin sein getreues Werkzeug Molotow gesetzt worden. In dieser Eigenschaft wurde Molotow jetzt das einleitende Hauptreferat auf der Tagung des Zentral-ekutivkomitees der Sowjetunion übertragen, der höchsten Vorkörper im bolschewistischen Reich. Da diese Tagung öffentlich ist und sogar das diplomatische Korps ihr beiwohnen darf, kann man sich denken, daß Molotows Bericht über die Lage Rußlands an der Jahresende überaus optimistisch gehalten war.

Nach Molotows Schilderung ist der „sozialistische Aufbau“ des Landes im besten Gange: „Dennoch auf der ganzen Linie“.

So charakterisierte er die Entwicklung des fünfjährigen Planes. Es lohnt sich kaum, mit diesen rein propagandistischen Behauptungen ernsthaft zu diskutieren, weil die einfachsten Tatsachen diese Schönfärberei Lügen strafte. Die Lebensmittelpolitik in Rußland, die aus Beschlüssen der fruchtbringenden Kommissare vor den Säben zur Erlangung der wichtigsten Gegenstände des täglichen Bedarfs, die Aufhebung der Freizügigkeit für Arbeiter, die Einführung des Arbeitszwanges, die erbärmliche Bezahlung der russischen Arbeiter, besonders im Vergleich zu den ausländischen Monteuren und Ingenieuren, die man mit Dollars und Vorzugsraten um jeden Preis zu halten bemüht ist — das sind nur einige der schäblichen Tatsachen, über die seine noch so zoffige offizielle Statistik hinwegtäuschen kann. Soll man noch daran erinnern, daß die russische Bevölkerung im Vergleich zu den anderen Nationen in Rußland ausgemindert waren, um dort als Berg- oder Steinarbeiter in Schmelzwerken tätig zu sein, nach kürzester Zeit gründlich ernüchtert und befehmt mit Hilfe ihrer Konjunkte die Heimreise angetreten haben und zu

schärfsten Anklagen gegen das Sowjetregime geworden sind? Soll man erwähnen, daß, während die Sowjetregierung die Weltpresse mit Photographien von Neubauten, mit gestellten Bildern von Bauernmädern am Wirtstisch und alten Rittern oder Jägerleuten am Radio überhäufte, es dem einzelnen Ausländer strengstens unterlag, eigene Aufnahmen anzuführen, sofern sie nicht die Zensur passiert haben? Allein die letzte Tatsache spricht Bände darüber, was von der Sowjetpropaganda zu halten ist. Nur noch eins ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert: ein Deutscher, der tatsächlich in amtlicher Aufgabe eine mehrwöchige Reise durch ganz Rußland beendet hat, berichtet unter vielen anderen Einzelheiten als eine der charakteristischsten Erscheinungen, daß er in dieser Zeit geradezu niemand angetroffen hat, der ein ganzes Paar Schuhe trägt. Dafür begegnet man Menschen aus allen Bevölkerungsklassen, die in grimmiger Ärmte das unzulängliche Zeug, Lappen, Lederreste u. a. um die Füße gewickelt tragen. Ähnlich gilt das wieder für ausländische Diplomaten, Ingenieure und Monteure, noch für Volkskommissare, Notaren, Tischlerinnen und sonstige Angewandte des Regimes.

Angesichts solcher Befeststellungen, die sich leicht bemerken lassen, können die Bolschewisten Molotows nicht den geringsten Eindruck auf uns machen. Vielmehr müssen wir uns entscheiden, dagegen zu wenden, daß dieses organisierte Räuberlein mit dem Begriff des „Sozialismus“ in willkürlichen Zusammenhängen gebracht wird.

Wenn Molotow schließlich noch behauptet hat, daß Rußland gerade wegen seines wirtschaftlichen Aufstiegs den Frieden wünsche, so mag das wohl gelassen. Allerdings ist Molotow nicht nur Vor-

sitzender des Rates der Volkskommissare, sondern auch noch immer Sekretär der Komintern. Die Kommunistische Internationale aber hat bis in die jüngste Zeit in Aufzügen verurteilt, daß ein

solcher neuer Weltkrieg unvermeidlich sei und daß aus ihm die Weltrevolution endgültig hervorgehen werde. Die Kommunistische Internationale setzt alles daran, die nationalen Regierungen zwischen den anderen Ländern zu setzen, ihre Parolen für Deutschland mitteilen an ein Friedens- oder die Weltrevolution als Ergebnis Sowjetismus mit denen geteilt. Wie reumt sich

das mit dem angeblichen bringenden Friedensbedürfnis und Friedenswünschen der Sowjetunion zusammen?

Bisher wurde noch außer hin die Verquickung von Sowjetunion und Dritter Internationale sorgfältig vermieden. Die jegige doppelte Eigenschaft Molotows hat jene Trennungslinie verwischt. Es scheint nun, daß diese sonderbare Personalunion dazu führt, daß die Bolschewistik selbst nicht mehr wissen, was sie wollen: den „sozialistischen“ Aufbau im Frieden oder die Weltrevolution als Ergebnis eines neuen Weltkrieges.

Der Korruptionsskandal in Frankreich

Beamte und Parlamentarier waren von der Oustricbank geklaut

In der Kolonie Martinique wurde im Dezember 1929 ein Kredit in Höhe von 200 Millionen Franken für auf der Insel Martinique vorzunehmende Bauarbeiten angenommen. Die Angelegenheit gründeten nun eine Bankgesellschaft mit einem Aktienkapital von 500 000 Franken, die von der Oustric-Bank kontrolliert wurde. Sie sollen in verschiedenen Briefen gewissen Personen Gebührensverpflichtungen übernommen haben, wenn diese ihnen öffentliche Bauarbeiten überließen. Die Geldverwendungen, die die Angelegten verpfändeten, haben sollen, bestanden sich angeblich auf 10 Millionen Franken. Eine Nachschau soll belastendes Materialutage gebräut haben.

Der Dienstag hat im Oustric-Stand ein Reich neuer sensationeller Enthüllungen gebracht. Die parlamentarische Untersuchungskommission hatte schon vor mehreren Monaten von Finanzministerium die Aufstellung einer Liste verlangt, in der alle Parlamentarier, die je beauftragt worden für die Verfertigung eines Auslandsbesuches eingereist seien, verzeichnet werden sollten. Diese Liste war schon unter Zaudiers Regierung vom Finanzminister Reynaud begonnen worden. Ihre Vollendung ist vorläufig noch nicht

abgeschlossen. Am Dienstagabend wurde aber festgemacht, daß schon jetzt folgende Namen festgelegt worden sind: Zardieu, Marin, Malou, David und Gaingier. Das bekanntwerden dieser Namen gab in der Untersuchungskommission zu höchster Aufregung Anlaß.

Damit sind die Enthüllungen aber noch nicht zu Ende. Eine Untersuchungskommission der parlamentarischen Untersuchungskommission hat in der Buchhaltung der Oustric-Bank einige neue Enthüllungen gemacht. Sie hat festgestellt, daß der Pariser Bankier Zardieu, ein gewisser Millot, von Dupric allmonatlich ein Gehalt von 5000 Franken bezug. Vom Oktober 1928 ab hat Millot auf diese Weise einen Nebenverdienst von 120 000 Franken ermerdet. Weiter fand man einen Kassenchein von 360 000 Franken für die „Solonté“ und einen zweiten Kassenchein über 80 000 Franken für die Provinzregierung „Echo du Sol“, der Zeitung des ehemaligen radikalen Innenministers Durand. Endlich hat auch der Pariser Volkskommissar Benoit, der sich bei der Beschaffung und Verbringung des Schwebers Almagor unzulässig befangen gemacht hat, einen Betrag von 17 000 Franken von Dupric bezogen.

Peinliche Zwischenfälle an der Reichsgrenze

Demonstration gegen den Reichskanzler in Tilsit

Der Reichsanstalt traf am Dienstagabend nach einem Besuch in Schneidemühl und Königsberg mit seiner Begleitung in Tilsit ein. Der Bahnhof und alle angrenzenden Straßen waren in weitem Umkreis von der Polizei abgesperrt worden.

Als der Reichskanzler mit seiner Begleitung den Bahnhof verließ, durchzogen Demonstrationen die Schutzposten, riefen Schimpfwörter aus und warfen mit Steinen.

Der Polizei gelang es erst nach großer Mühe, die Ruhe wiederherzustellen. Die Demonstrationen waren Nationalsozialisten und wie immer in treuen Verein Kommunisten.

Die Young-Anleihe fällt

Die Young-Anleihe hat in den letzten Tagen an der Pariser Börse unter starken Kursrückgängen zu-

leben gehabt. Die Anleihe, die zu 980 ausgegeben war und Ende des Jahres 880 notierte, sank am Montag auf 740 und am Dienstag auf 710. Sie liegt damit um rund zehn Prozent tiefer im Kurse als in Berlin.

Der Kursrückgang ist hauptsächlich auf das Gerücht zurückzuführen, daß Deutschland für seine Reparationszahlungen schon in aller nächster Zeit ein Moratorium beantragen wolle.

Benech wird Vorsitzender der Abrüstungskonferenz.

In Brager gut informierten Kreisen gilt die Wahl des Außenministers Benech zum Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz als gesichert. Obwohl umlängst der „Popolo d'Italia“ gegen Dr. Benech eine sehr scharfe Sprache führte, glaubt man, daß weder von italienischer noch von anderer Seite Einwendungen gegen seine Person erhoben werden.

Salentkreuz auf dem Wisthaufen.

Nationalsozialistische Exaltation in Danzig.

Von Ernst Soepf.

Im November vorigen Jahres ging ein Jubel durch die deutsche Tagespresse. Nach dem großen Wahlerfolg in Deutschland am 14. September hatten die Salentkreuzler zwei Monate später auch in der freien Stadt Danzig einen unerwarteten Sieg errungen. Diente sich der alte Wisthaufen in Danzig, der 120 Mitglieder zählte, mit einem Nationalsozialistischen „Kriegsplan“, so stellten jetzt noch der Umwühl des auf 72 Mitglieder verringerten Parlaments 12 Nationalsozialisten die Abgeordnetenliste. 30 000 Danziger Wähler hatten für das Salentkreuz gestimmt.

Die freie Stadt Danzig befindet sich wirtschaftlich in einer außerordentlich schweren Lage. Danzig wurde durch den Verfall der Vertrag von Versailles gelöst und zu einem selbständigen Staatswesen unter dem Schutz des Völkerbundes erklärt und einzig und allein aus dem Grunde, um dem neugegründeten 30-Millionen-Staat Polen einen „freien ungehinderten Ausgang zum Meer“ zu sichern. Polens Wände gingen allerdings in Bezug auf Danzig lebend weiter. Es hatte gefehlt, Danzig seinen eigenen Staat einzurichten zu können. Dieses Ziel war an dem einmütigen Protest der Danziger deutschen Bevölkerung und an dem Widerstand Englands und Amerikas in Versailles gescheitert. Um nun ein Traditionsgegend gegenüber Danzig zu haben, hatte Polen in den letzten Jahren das ehemalige Dirschdorf-Gebirgen in Pommerellen zu einem modernen Seegebirge ausgebaut. Die Nationalsozialisten, die von 1920 bis 1928 in Danzig führende Regierungspartei waren, haben leider den Ausbruch Götterguts nicht die genügende Beachtung geschenkt. Sie erkannten nicht die Gefahr, die dieser neue politische Feind für die wirtschaftliche Blüte Danzigs hatte. Am Gegenteil, ein führender deutschnationaler Politiker hatte sich vor einigen Jahren noch den leichtfertigen Auspruch gelassen: „Wären die Pololen doch in Ostpreußen ihre Millionen ins Meer werfen. Je schneller Polen durch diese Willkürmaßnahmen pleite wird, umso besser für Danzig und Deutschland.“

Mit der Weite Polens hat es nun immerhin noch eine gute Weite. Danzigs Wirtschaftslage aber durch den Ausbruch Götterguts in schwere Bedrängnis gekommen. Die Arbeitslosigkeit ist ungeheuer groß. Der Hafen liegt nun großen Teil still und die Industrie ist ohne Beschäftigung. Die vorige Koalition-Regierung in Danzig, bestehend aus Sozialdemokraten und Zentrum hatte versucht, eine gewisse Erleichterung für die Danziger arbeitende Bevölkerung herbeizuführen durch Erlass eines Gesetzes, nach welchem in erster Linie einheimische Danziger Arbeitskräfte in Danziger Betrieben beschäftigt werden mußten.

Die Nationalsozialisten hatten natürlich auch für die Danziger Schweregezeiten eine Patentlösung, nämlich der Politik der gepanzerter Faust. Für alle Not Danzigs hatten sie nur die eine Erklärung: „Die „maximalistische“ Regierung, die seit 1929 in Danzig am Ruder war, die hatte Verhältnisse geschaffen und dadurch zwar manches Unheil von Danzig abgewehrt, das die frühere deutschnationale Regierung durch ihre Vordemokratie Polen gegenüber auf Danzig heraufbeschworen hatte. Aber natürlich konnte auch eine sozialdemokratische Koalitionsregierung den fertigen Konturreisenden Götterguts nicht durch einen Rederwitz von der Landkarte gewisshin. Doch das bedeutendste solche Verfahren gegenüber nationalsozialistischer Widerwehrbewegung. „Danzig nach neuer Blüte entgegen, wenn es von der Wirtstischbereitschaft befreit wird und die Getreue Politiker in Danzig regieren. Vor dem Salentkreuz hat Polen und der Völkerrund, der den Danziger Wirtstisch bereitet, ein in 5 angia n A Ruder, dann braucht Danzig nicht mehr den Diktator Warthaus und Genes geborgen, denn die Wirtstischereie!“ Das war der Grundgedanke allen nationalsozialistischen Reden, die während während des Wahlkampfes zum Danzig der Volkstisch

Sib mir drei Buchstaben!
Die nationale Sozialistische Propaganda hat sich unheimlich hässlich, als sie feinerzeit allen Ernstes die Behauptung aufstellte, daß die Stadt Berlin ihre Oberbürgermeister mit niederländischen Staatsangehörigen beauftragt habe. Da sie ihre Behauptung nicht zu beweisen, daß es in den Niederlanden keine Staatsangehörigen gibt, und daß vor dem Tode Berlins die Niederlande nicht existierten, ist die Behauptung reichlich an Unsinn reich.

Das kommt davon, wenn man sich mit Willkür über die Abfertigung hütet! Eine ähnliche Angelegenheit ist nun den Nationalsozialisten in der Pfalz widerfahren. Sie hatten irgendwo gefaselt, daß die Pfälzer Vereine eine Weihnachtsfeier veranstaltet hätten und daß dabei eine Jüdin als Tanzpartnerin zugezogen war. Der Satz, an dem sie am meisten Anstoß nahmen, lautete: „Den untertanen Teil besitzet der W. B.“ Die Nationalsozialisten nahmen ohne weiteres an, daß dies heißen müsse: der Pfälzer W. B. und aus ihrer Annahme entwickelten sie denn eine Behauptung über die Persönlichkeit eines Pfälzers, der eine Jüdin als Tanzpartnerin engagiert habe, und über das Christentum jener Leute, die mit einer Jüdin getanzt hätten.

Die Geschichte von dem Pfälzer und der tanzenden Jüdin hatte jedoch einen Haken. Es waren wieder einmal die bösen Abfertigungen. W. B. hieß nämlich nicht Pfälzer W. B., sondern schlicht und einfach Pfälzer Wald-Verein. Ob der Nationalsozialist drei Buchstaben und sie werden sofort die grandiosste Peche daraus entwickeln!

Noch einmal! Leuna-Prozess!
Noch einmal wird der Monumental-Film des Leuna-Prozesses mit seiner zentralen Idee und seinem Heer von Jungen die Gerichte und die Öffentlichkeit Halles beunruhigen. Die Verurteilung der Angeklagten: Schönfeld, Schenck, Ebel, Schlegel, Woble, Stuhlfaut, Weber und Frau Reichsmar.

Die staatsbürgerliche „Bildung“ des Volkes der Dichter und Denker

In zwölf Großstädten und drei Mittelstädten hat die Reichzentrale für Heimatdienst in diesem Jahre männlichen und weiblichen Angehörigen — Teilnehmer an Unterrichts- und Jagdarten der Arbeitslosen — sowie Schülern einer Volkshochschule, eines Volkshochschulheims, einer Volkshochschulabteilung und einer Volkshochschulklasse eine Reihe von Fragen staatsbürgerlichen Inhalts zur Beantwortung vorlegen lassen.

Und das Ergebnis?
Es muß leider als recht ungenügend bezeichnet werden. Die Fragebogen wurden 875 Personen — zum Teil im Alter von 20 bis 30 Jahren — vorgelegt. 14221 Fragen standen insgesamt zur Beantwortung, davon wurden 54,3 Prozent richtig, 15,4 Prozent falsch und 30,3 Prozent gar nicht beantwortet. Besonders schlechte Schnittmerteile bei den Frauen ab: sie beantworteten nur 33,4 Prozent der gestellten Fragen richtig, die Männer hingegen 62,3 Prozent. Die gestellten Fragen waren dabei ausnahmslos einfachster Art. Ein Beispiel: „Welche Art der Arbeit ist die höchste?“ Die richtige Antwort lautete: „Die Arbeit, die den Menschen den besten Lohn bringt.“

Was Abgründe von Unwissenheit und Verleumdung?
Trotz nur einige Beispiele. Welche erfindenden Mängel geistlicher Kommunikation offenbart ein Angelegter, der auf die Frage nach der Amtseinführung Bismarcks antwortet: „Er war Kaiser und regierte das Reich.“ Welche unheimlichen Vorstellungen vom politischen Geschehen mögen wohl eine laienmännliche Angestellte in der Annahme verankert haben, der Weltkrieg sei durch die Friedensschlüsse von Münster und Versaille beendet worden. Was soll man

Ein neuer Justizskandal in Halle

Ist das noch Gerechtigkeit?

Duesterberg findet wieder seine milden Richter
Landgerichtsdirektor Bühnemann preßt auf das Reichsgericht

Halle, den 7. Januar.
Die hallesche Strafkammer verhandelte am Dienstag erneut gegen den 2. Bundesverfälscher des Stahlheims, Oberleutnant a. D. Duesterberg, wegen Verleumdung des früheren preussischen Innenministers Grzesinski und des Regierungspräsidenten v. Garnad in Verberb. Gegen das frühere Urteil der Strafkammer (150 Mark Geldstrafe) hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. Das Reichsgericht wies die Sache an die Strafkammer zurück, die wiederum im Sinne des früheren Urteils entschied.

Der Herr Oberleutnant hat, wie es laum vernehmlich erscheint, wieder milde Richter gefunden. Wie ein endloser Rollenfilm zieht sich der Streit nun schon anderthalb Jahre hin und wird wohl auch noch weiter hingezogen werden, bis die Reagen sich überhaupt an nichts mehr werden einrichten können und Herr Duesterberg als blühendste Unschuldsumme aus der langen Ecke hervorgeht wird. Bekanntlich hat er immer solche Richter findet, wie den Landgerichtsdirektor Bühnemann, der ihm auch gefehlt wieder mit wahrhaft mütterlicher Sorgfalt die Antworten in den loslager: Wustlegte und es dem Herrn Oberleutnant hauptsächlich nicht immer machte, die richtigen Antworten zu geben.

Die Vorgesichte des Prozesses ist bekannt:
In einer Rede anlässlich des Volksbegehrens hatte Herr Duesterberg, einflussreicher Reichstagsabgeordneter, heutiger Kollaborator der Republik und 2. Bundesführer des Stahlheims, in Uebeln in schwingelnden Worten erklärt, Grzesinski habe sich das Recht des Stahlheims im Weiten zum Ausführungsorgan der Feinde gemacht. Es sei nur schade, daß Deutsche keine Orden mehr annehmen dürften, denn sonst hätte er den Orden der Ehrenlegion von Frankreich bekommen müssen. Wenn er sich diesen auf den Brust hefte, könne man ihn bei seinen Kollegen wenigstens von Kellern unterscheiden.

Den Regierungspräsidenten von Garnad nannte er, nachdem er vorher dessen nimmend verstorbenen Vater in wenig vornehmer Art und Weise verunglimpft hatte, „einmal ein Mann, der ein Stück Feind war“; denn dieser hätte sich nach seiner Zeit wenigstens erhängt.“ Daß der Vater des Regierungspräsidenten von Verberb (den unter der Erde liegt, hindert den Herrn Oberleutnant

nicht, ihn weiter zu verunglimpfen und — aber nur ganz leise — zu erklären, daß er dies nun ungern tue, da Herr von Garnad schon verstorben sei.
Nachdem sich der Duesterberg schon in der vorigen Verhandlung geäußert und gebrüllt hatte und nie müde wurde, zu beteuern, daß er „gar nicht daran gedacht habe, politische Gegner herabzusetzen und zu verunglimpfen“, legte er dieses wenig heidenmütige Benehmen in der gelagten Verhandlung fort, in der sich die Gerechtigkeit, bei dem Herrn Landgerichtsdirektor Bühnemann in nachvollziehbarer Weise zu finden. Dieser wurde nicht müde, immer wieder seine Unschuld an der normalen Verhandlung zu beteuern und auf das Reichsgericht hinzuweisen, dem die Strafkammer in der vorherigen Verhandlung — die unter Vorsitz des hiesigen Landgerichtsdirektors Bühnemann stattfand — nicht genügend gefast hätten.

Wie derselben Gelehrten wie bei der verangene Verhandlung hörte sich das Gericht: neue Beschimpfungen an, über die Äußerungen des Duesterberg gegen den Oberstaatsanwalt Dr. Butcher. Die Rede von Duesterberg, daß der Staatsanwalt die letzten zwölf Jahre schamlos gewesen sei, denn sonst hätte er bemerken müssen, daß inwieweit das größte Verbrechen (nämlich die Revolution) gewesen sei, welches die Gerechtigkeit und das Recht erschüttert habe, und daß das Reichsgericht nur aus politischen Gründen eine härtere Verurteilung verlange, hörte sich der Gerichtsverhandlung mit einer Miene an, daß der Unbefangene annehmen mußte, sie mache ihm offensichtlich Bezugs. Charakteristisch ist auch, daß Duesterberg, der einmal wegen einiger Verurteilungen des „Volksfürst“, die gegenüber den zur Anfrage stehenden Schamlosigkeit als einzige Begehrten bezeichnet werden müssen, gleich zwei Verleumdungen anstrebte, gegen die darüber münderte, daß sich ein Sozialdemokrat „wegen hoher Gerechtigkeit“ beklagt hätte können.
Was nach dem ganzen Verlauf der Verhandlung schon zu folgern war, trat der Herr Staatsanwalt Butcher nicht bei seiner Strafanklagen und beantragte für die Verleumdung des

SPD., Ortsverein Halle.

Mit Rücksicht auf die öffentliche Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Weiß hat der erweiterte Vorstand beschließen, daß die Ortsvereinsmitglieder bei den Sammlungen morgen, den 8. Januar, ausfallen.

Die Parteimitglieder werden hiermit ermahnt, teilhaft an der Kundgebung des Reichsbanners Schwarz-Weiß teilzunehmen.
Der Vorstand des Ortsvereins Halle.

SPD., Metallarbeiter!

Donnerstag, den 8. Januar, 19% Uhr, findet im Obersterkoffhaus eine wichtige Fraktionssitzung statt mit der Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß; 2. Bericht über die Besprechungen; 3. Verhandlungsprotokolle.
Wir erwarten, daß jeder Kollege zu dieser Sitzung erscheint.

Die Fraktionssitzung. C. Lange.

Minister Grzesinski einen Monat Gefängnis und für die Verleumdung des Regierungspräsidenten von Garnad 300 M. Geldstrafe. Die fünfjährige Verhandlung konnte das Gericht nicht zu einer anderen als der in seiner vorherigen Entscheidung schon festgelegten Strafe bewegen.

Eine Hebertragung ist das Urteil nicht.
Wer mit ansehen mußte, wie ängstlich der Herr Landgerichtsdirektor Bühnemann bemüht war, dem Angeklagten unangenehme Fragen zu vermeiden und Jagenauslagen so unklar wie nur möglich zu gestalten, der konnte fast durch die „Däbe“ der festgelegten Strafe erschreckt werden. Das höchste deutsche Gericht hatte sich mit diesem Prozeß befaßt und das Urteil wies in der Schmeere der Verleumdungen zurück-gewiesen wurde einer anderweitigen Entscheidung. Das Gericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bühnemann erkannte wiederum auf nur 150 M. Geldstrafe wegen Verleumdung des Ministers. Im Falle des Regierungspräsidenten wurde der Angeklagte überhaupt freigesprochen.

Interessant aus der Urteilserklärung ist die Bemerkung, daß man Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des Angeklagten genommen habe und den Abbau der Pensionen bei der Höhe der Geldstrafe berücksichtigt habe. Und angesichts dieser Art Rechtsprechung wundern man sich noch, daß im Volke immer noch davon gesprochen wird, daß wir doch eine Klassenjustiz haben.

Heraus

zur öffentlichen Versammlung im „Volkspark“ morgen, Donnerstag, abend 8 Uhr.
Landtagsabg. Major a. D. Hauff rechnet ab mit den Nazis. Die Verurteilung ist ein Aufruf

zum Kampf für Demokratie!

gegen Lüge, Verleumdung, gegen Putschisten und Feinde der Republik, gegen die Nazis, die Soldnertruppe des antidemokratischen Kapitalismus, gegen Faschismus

Achtung, Raubüberfall!

Auch hier ist Vorsicht besser als Nachsicht

Die Pressestelle des Polizeipräsidenten Halle schreibt:
Die Raubüberfälle haben sich in letzter Zeit erheblich vermehrt. Die kriminalpolizeiliche Ermittlung gehalten sich hierbei insonderlich besonders schwierig, als es in den meisten Fällen an Anhaltspunkten zur Ermittlung der Täter fehlt. Die Täter verwenden so schnell, wie sie gekommen sind, ohne irgendeine Spur zu hinterlassen. Eine einigermaßen zuverlässige Personenbeschreibung kann im Moment nicht gegeben werden. Wenn ein Kraftwagen bei der Tat benutzt wurde, ist sehr häufig, so ist dieser meistens gelblich, so daß auch ein Erkennen der Nummer oft bedeutungslos ist.

Es ist daher von höchster Wichtigkeit, derartige Verbrechen von vornherein zu verhindern, ihnen vorzubeugen.

Dies kann bei einiger Vorsicht und Aufmerksamkeit sehr wohl gelingen. Sollte man es für möglich halten, daß ein junges Mädchen, in dessen Nähe einmal vorgekommen ist, ein 14jähriges Laufbuben mit dem Abholen der Einkäufe einer größeren Summe beauftragt wird. Damit wird doch ein Gelegenheit zum Raubüberfall geschaffen. Und wenn das Verbrechen zur Ausführung gekommen und monogisch noch schwer geahndet wird, so sind die Verurteilungen für die Ueberfallene zur Folge gehabt hat.
bann trifft den Auftraggeber die volle moralische Verantwortung dafür.

Raubüberfälle auch ganz erheblich abnehmen. Das Publikum sollte auch der Umgebung von Bank- und Sparkassen mehr Aufmerksamkeit schenken und auf Personen achten, die dort anwesend die Gelegenheit auszunutzen, die Beamten der Schutz- und Kriminalpolizei sind bereits mit entsprechender Anweisung versehen worden.

Ueberfall auf einen Arbeiter

Seute früh, gegen 6 Uhr wurde in der Seebener Straße ein Arbeiter aus Leeben, der in der Krümmiger Papierfabrik beschäftigt ist, von anderen Arbeitern überfallen. Er trug leichte Verletzungen im Gesicht davon. Der Ueberfall ist offensichtlich mit seiner Tätigkeit in der Krümmiger Papierfabrik in Verbindung zu bringen. Behördenmitglied haben Kollegen in dem einen Ueberfallere gesehen. Zucht hat die Streifenbewegung in der Papierindustrie gefestigt und heute morgen zu feinerlei Zwischenfällen geführt.

Zum Konturs Bankhaus Fischer.

Am Dienstag fand ein Briefungstermin in der Kontursche des Bankhauses O. d. Fischer statt, zu dem eine große Anzahl Forderungen sehr zahlreich und auch zum größten Teil anständig wurden. Ansehnlich betrafen sich die Ansprüche auf etwa 1 1/2 Millionen Mark.

Das „Haus der Dür O. M. S.“ mit Zentrale in Leipzig verleiht infolge plötzlicher Arbeitsveränderungen ein Arrangement mit seinen Mitarbeitern, obwohl der Vertrag am 1. Jahre 1930 wieder außerordentlich befriedigend war.



Arbeit für die Stadtverordneten im neuen Jahre

Mit dem neuen Jahre sind die Sorgen und Kämpfe des alten Jahres übernommen und alle Zeichen deuten darauf hin, daß es im Stadtparlament mit Hochdruck begonnen wird. Die nächste Stadtverordnetenversammlung, die zum Ende des Monats stattfinden wird, hat sich mit einer Reihe von wichtigen Beschlüssen zu befassen. Eine der Hauptfragen, die es zu erledigen gilt, wird

die Besetzung des Stadtbauratsamts sein. Wie mitgeteilt wird, hat sich Baurat Zöllinger nun auch offiziell in der Bauerschaft verabschiedet, so daß nun auch die Besetzung der Geschäftsführerstelle genannter Gesellschaft die Ge-
mutter erregen wird. Werden die Interessenpartei nun doch die Gelegenheit wahrnehmen, in ihrem Refreehen, der Stadt wieder rücksichtslos ihre Positionen zu können, die Bauerschaft zu besetzen oder doch wenigstens aktionsunfähig zu machen?

In der Vorleserwahl scheinen sich die Bürgerlichen geneigt zu haben, Herrn Brenner wieder vorzuschlagen; ausgerechnet die Wirtschaftspartei soll sich besonders für die Wiederwahl Brenners eingesetzt haben, dieselbe Partei, die diesem Manne seine Amtsführung als Stadtverordnetenemittler mit am schmerzlichen mochte.

Im folgenden veröffentlichen wir einige wichtige Vorträge zur kommenden Stadtverordnetenversammlung:

Kaufkraftiger Kredit.

Schon seit längerer Zeit ergehen sich bei der Beschaffung des Kaufkraftkredits erhebliche Schwierigkeiten. Es mußte ein Kredit, der zwischen 200 000 bis 300 000 M. schwankt, bei der Stadtsparkasse in Anspruch genommen werden. Eine derartige erhebliche Inanspruchnahme der Stadtsparkasse durch den eigenen Garantieverband ist für die Dauer nicht tragbar. Durch die vor einiger Zeit durch die hiesigen Körperschaften beschlossene Aufnahme einer Anleihe von 310 000 M. für den Erweiterungsbau der Festungsschule wäre es möglich gewesen, die für den bereits fertiggestellten und in Benutzung genommenen Bau und auch für andere Zwecke vorzuschüssige verausgabten Mittel abzudecken. Leider war es aber mit Rücksicht auf die trübseligen Verhältnisse in dem Anleihenmarkt nicht möglich, die Anleihe heranzuziehen, deshalb mußte vorläufig zu einem

knappsten Ueberbrückungskredit

gegriffen werden. Die Mitteldeutsche Bank & Bank in Magdeburg hat sich bereit erklärt, der Stadt Merseburg einen kurzfristigen Kredit von 200 000 M. zu annehmbarsten Bedingungen zu gewähren. Seitens der Stadt wird die Verpflichtung übernommen, den Kredit aus dem Mitteln der Selbstverwaltung mit Zinsen abzurufen. Der Stadtverordnetenversammlung wird die Kreditaufnahme in der vorstehend geschilderten Weise empfohlen.

Neue Feuerwehneiformen.

Die jetzigen Uniformen der Freiwilligen Feuerwehr werden bereits 36 Jahre getragen. Ein Ausbesser ist in vielen Fällen kaum noch möglich. Da außerdem im Sommer 1931 in Merseburg eine Feuerwehneubestellung stattfand, an der sich etwa 1500 bis 2000 auswärtige Feuerwehrleute beteiligten, wird die Anschaffung dringender notwendig. Für die Beschaffung sind 6800 M. erforderlich, die aufgebracht werden sollen aus dem Mitteln der Selbstverwaltung, in dem mittelfristigsten zu suchen.

1500 M. vorhanden sind und aus Sparmaßnahmen überlassen 3000 M. sowie aus einer Beihilfe der Städte-Feuerleitstelle von 2000 M. Die Anfertigung wird von vier hiesigen Schneidern, die aktive Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr sind, vorgenommen.

Die Kosten der Reichstagswahlen

Aus Anlaß der Reichstagswahl am 14. September 1930 sind insgesamt 2192,14 M. Kosten entstanden. Davon werden vom Reich 1198,40 M. erstattet, so daß von der Stadt noch 993,74 M. anteilige Kosten zu übernehmen sind. Das Reich erstattet die anteiligen Kosten nach einem bestimmten Satz und gewährt Wertschätzung je Stimmberechtigten 58 Pf. Die anteiligen Kosten sollen aus dem Fonds „zur besonderen Verhütung des Magistrats und der Stadtverordneten“ gedeckt werden.

Erwerbslosenverammlung.

Mittwoch, den 14. Januar, nachmittags 8 Uhr, findet im Ferialsal eine Erwerbslosenversammlung der organisierten Erwerbslosen statt. Der freigeistliche Erwerbslosen-
auslaß laßt hermit alle organisierten Kollegen ein.

Verlustes Notzuchtverbrechen?

Auf dem Feldschloßchen-Weg will gestern gegen 19 Uhr die 16jährige Hilde D., welche mit einem Fahrrad den Weg betrat, von einem 30 bis 35-jährigen Mann überfallen worden sein mit dem der Vorfall, sie zu vergewaltigen. Der Mann tat als beschämte er sich mit seinem Fahrrad. Wie sie in seiner Nähe war, fiel er sie an und wirgte sie mit ihr Schreien sich er jedoch wieder von ihr ab und suchte mit seinem Fahrrad das Weite.

Von der Merseburger Baugesellschaft mbH.

wird mitgeteilt: Stadtbaurat Zöllinger ist mit dem 5. Januar 1931 als Geschäftsführer aus der Merseburger Baugesellschaft mbH. ausgeschieden. Bis auf weiteres ist Architekt Rudolph zum Geschäftsführer bestellt worden.

Ein Fahrradmörder verhaftet.

Am 1. Januar wurde der 23 Jahre alte Hausdiener und Schuhmacher Bruno Kattal, zuletzt in Weisenfels wohnhaft, dort wegen Unterschlagung und Diebstahls festgenommen. Er hat im Bitterfeld aus seinem Logis Federbetten gestohlen. Ferner trieb er einen schmutzigen Handel mit gefälschten Fahrrädern, die er zum Teil selbst faßte oder aber anstandslos auch machte er mit derartigen fälschten Laufräder. Er war zuletzt in einem Weisenfelder Hotel als Hausdiener tätig und hatte daher für seine jetzige Tätigkeit gute Verbindungen. Die meisten Räder hat er in der Nähe von Weisenfels an die Landbevölkerung abgesetzt. Personen, die hierzu Angaben machen können, werden erbeten, sich bei der Kriminal-Inspektion beim Polizeipräsidium in Weisenfels zu melden. Mitteilungen werden auf Wunsch vertraulich behandelt.

Weisenfels. Erschossen hat sich Montag nachmittags

ber in der Luise-Brachmann-Straße wohnende 43-jährige Waldhüter G. S. in seiner Wohnung. Wie bisher festgestellt, ist der Grund zu der Tat in Selbstmord zu suchen.

Um die Reichsjugendwettkämpfe

Noch einmal: Pro und contra

Wenn in einem Artikel des Genossen Pieler vom 24. Oktober 1930 die Frage kommt: „Dürfen sich Angehörige der sozialistischen Bewegung an diesen Veranstaltungen beteiligen?“ und diese Frage seiner Meinung nach falsch ist, scheint er nicht recht zu haben. Es ist festzustellen, ob Genosse Pieler die Schuljugend oder die Jugendlichen meint, welche einem Arbeiter-Sportverein angehören. Für erstere müßte eine Verabredung eintreten, während für letztere die Bedingungen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes gelten. Auch die Mitglieder der S.P. müssen in Betracht gezogen werden. Diese sind unbedingt einzuhalten, um die Vereine vor Komplikationen zu bewahren. Ferner dürfte bekannt sein, daß die Arbeiter-Sportvereine ihre alljährlichen Verfallenssportfeste begehen und diese auf Kosten der Mitglieder abgehalten werden. Das ergibt sich aus der Anerkennung durch verschiedene Behörden.

Wir als Arbeiterpartei lehnen die Reichsjugendwettkämpfe nicht ab, fordern aber eine andere Ausgestaltung ohne Preis, ohne Zeremonie und auch nicht unter dem Protektorat des Reichsansehens für Leibesübungen.

Ein Patience mit den bürgerlichen Sportlern kommt niemals in Frage.

Es stimmt, daß in den meisten Orten die Reichsjugendwettkämpfe nicht am Verfallenssportfest abgehalten werden, zu einem großen Teil auch nicht im Sinne der Verfassung, obwohl dieses von den zuständigen Behörden immer gefordert wird. Es gibt noch viele Lehrer, die ziemlich rechtschaffen sind.

Daß bisher die Reichsjugendwettkämpfe der Schulen unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgehalten werden, ist ein Eigentümlichkeit mancher Schulleitung zu sein. Hier bedürfte es in Zukunft einer kleinen Nachhilfe. Es dürfte, was uns betrifft, voriges Jahr das letztemal gewesen sein, daß die Reichsjugendwettkämpfe der Schule Groß-Ranna unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden haben. Es müßte Wege gefunden werden, die am Verfallenssportfest ausgetragen, und zwar nachmittags. Natürlich müssen in jedem Ort die besonderen Verhältnisse in Betracht gezogen werden. Auch muß taftlich die Sache richtig eingeleitet werden.

Warum nun die meisten Schulen ihre Reichsjugendwettkämpfe unter Ausschluß der Öffentlichkeit austragen, hat seinen besonderen Dafen. Der Verfasser dieses Artikels hat da verschiedene Beobachtungen gemacht betreffs der Turn- und Spielstunden der Schulen. Wie werden diese aufgezogen und wie überbracht? Es sind da noch einige Worte bei den in Frage kommenden Körperschaften zu sagen, denn von den Kindern der Schule Groß-Ranna z. B. sind 60 bis 70 Prozent von den bürgerlichen Sportvereinen erfasst. Genügende Fortbildung bringen diese Kinder schon mit zur Schule. Wenn man sieht, was einzelne Vereine

mit ihren Kindern leisten, so sollte es der Schule erst recht möglich sein, die Reichsjugendwettkämpfe so auszugestalten, wie es gefordert wird. Albert Burckhardt, Groß-Ranna.

II. In den ländlichen Orten erfreuen sich die Reichsjugendwettkämpfe mit großer Beliebtheit seitens der Kinder wie der Eltern. Da aber die Reichsjugendwettkämpfe von der bürgerlichen Sportbewegung inszeniert werden, haben sie für uns und die Republik eigentlich wenig Wert. Ich denke mir, daß dieselben recht wertvoll für den republikanischen Gedanken werden könnten, wenn verschiedene geändert wird. Für uns als Sozialdemokraten ist es erste Bedingung zu fordern, daß führende Arbeiterpartei hier ein Wortchen mit zu sagen haben. Der Erfolg des preussischen Turnministeriums will die Wettkämpfe möglichst in die Hände des Reichsjugendwettkämpfe gerückt wird. Das genügt nicht! Daran können sich reaktionäre Lehrkörper auch wenig, denn Gelege sind ja da, daß sie umgangen werden. Gerade weil die Reichsjugendwettkämpfe sich einer großen Beliebtheit erfreuen und gut besucht werden, ist es erforderlich, daß dieselben

auf den Verfallenssportfest verlegt werden. Erstes Erfordernis ist aber hier wieder, daß der Verfallenssportfest am Nationalfeiertag erklärt wird. Wir sollten hier von Frankreich lernen, das den Tag der Autarkieaktion festsetzt, obwohl dieses von den zuständigen Behörden immer gefordert wird. Es ist notwendig, unsere Führer, die Demokraten und Bewegungsbildner und gegen reaktionäre Vorstellungen zu kämpfen, muß es die reaktionären Republikaner doppelt bestimmen, daß wir heute noch 11 Jahren diesen Tag noch nicht aufgeben dürfen. Ich finde die Sozialisten in der Demokratie gegenüber nicht hier zu sein! Die letzten Wahlen sollten da zu denken geben!

Es wäre sicher eine große Propaganda für die Demokratie, wenn die Reichsjugendwettkämpfe zugleich als eine Verfallenssportfest abgehalten würden. Die Sammens und unter Vorantzug des Schwärztrugobenen schätze von der Schule zum Sportplatz marschieren. Hier erfolgt dann vor Beginn der Kämpfe eine kleine republikanische Morgenfeier. Abschließend mußte dann die amtliche Verfallenssportfest stattfinden. Die Beliebtheit der Wettkämpfe würde für zahlreichen Besuch führen. Wem der Gleichgültigkeit würde hier Aufmerksamkeit über Demokratie und Verfallens bekommen und hernach trenn zu uns stehen. Heute aber wird bei den Reichsjugendwettkämpfe genau in

versteht in Nationalismus gerichtet, wie beim S. d. A. Annehmen beschränkt nur die Regel. Solange diese Forderungen nicht erfüllt sind, bringen uns diese Veranstaltungen of National. Otto Reinecke (Mittel)

Mansfelder Kreise

Zeig wie immer, kneifen die Nazis

Wanleben. Nachdem die Kommunisten die Blatze der S.P.D. welche zu einer Verammlung gegen die Nazis aufriefen, abgerufen hatten, sie selbst in den Versammlungen der S.P.D. auch nichts zu sagen haben, hatten sie, um zu beweisen, daß sie

die Steigbügelhalter der Nazis

sind, selbst eine Verammlung einberufen. In dieser Verammlung forderte man aber nichts gegen die Nazi-Verfall, sondern man bemerkete nur einzig und allein die Führer der S.P.D. Während in der Verammlung der Kommunisten höchsten

110 Personen anwesend waren, hatten sich dem Anfu der Sozialdemokratischen Partei weit über 200 Personen angeschlossen.

Anbänglich und mit Spannung lauschte man dem Referat des Reichsjugendwettkämpfe Peters, der in weitestgehender Rede den Nazis ihre menschliche Wacke vom Gesicht rief und gleichzeitig die Folgen andeutete, die die breite Masse zu tragen hat, wenn die NSDAP mit Hilfe der Reaktion aus Ruder kommt.

Nachdem der Genosse Peters sein eindrucksvolles Referat beendet hatte, zogen es die Abgeordneten

Besonders große Mengen

A. HUTH & CO.

Damen- u. Kinder-Kleidung zu

Inventur-Ausverkaufs-Preisen

A. HUTH & CO. A.-G., HALLE-S., MARKT U. GR. STEINSTRASSE

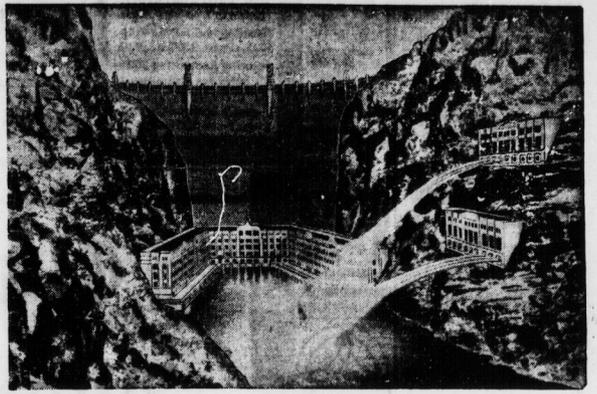
D-Zug Berlin-Beuthen entgleist

1-Zug fährt einem Personenzug in die Flanke - 36 Verletzte - Strecken gesperrt

Am Dienstagmorgen gegen 5 Uhr stieß der Schnellzug Berlin-Beuthen nach seiner Ausfahrt aus dem Kleinritz Bahnhof mit dem einziehenden Personenzug Beuthen-Gleiwitz zusammen. 36 Personen wurden zum Teil erheblich verletzt. Wie es heißt, trägt der Führer des Personenzuges Beuthen-Gleiwitz die Schuld an dem Unglück.

Wagen stießen jedoch auf den Gleisen. Der Lokomotivführer des Personenzuges erlitt schwere Verletzungen. Verletzte Hilfe wurde sofort durch die Besatzung und Feuerwehr geleistet. Die Gleise Gleiwitz-Beuthen, Beuthen-Gleiwitz sowie Gleiwitz-Hindenburg sind vorläufig gesperrt.

Der Hoover-Staudamm in USA.



Stufe des im Bau befindlichen Hoover-Staudamms in den Vereinigten Staaten, der 1935 in Betrieb genommen werden soll. Das ungeheure Werk, das nach Fertigstellung fast Amerika mit elektrischer Strom versorgen wird, ist wohl das schönste Projekt seit dem Bau des Panamakanals.

Vanil beim Fabrikbrand

Todes in einer Berliner Wäsenfabrik - Arbeiter in Entzündungsgefahr

Ein gefährlicher Brand entstand gestern in Berlin in der Weißbäcker Straße 13. Das Lagergebäude dieses Hauses beherbergt im 1., 2. und 4. Stock drei Wäsenfabriken mit zahlreicher Arbeiterkraft. Aus bisher noch nicht erklärten Gründen ereignete sich zwischen dem Personenbahnhof und dem Verkehrsbahnhof Gleiwitz unweit der Hindenburg-Brücke.

In höchster Not aus den Fenstern auf ein kleines Verdeck, wo sie sich platt hinstellen mußten, um den aus den Fenstern schlagenden Flammen zu entgehen.

Im U-Boot zum Nordpol

Der norwegische Professor Enderby, der an Kapitän Wilkins U-Boot-Expedition unter dem Nordpolreis teilnehmen wird, hat sich Neuport bei

Neuport bei Neufundland, um sich die nötigen Instrumente zu beschaffen. Außerdem soll ihm mitgeteilt werden, daß der Bau des U-Bootes Mitte Januar beendet sein wird und daß die Expedition Anfang Januar beginnen werden. Im Gegensatz zu den früheren Mittelungen soll die Nordpol-Expedition des U-Bootes erst Mitte Juni von Spitzbergen aus beginnen.

Zülförmigen, die bereits auf den Karten bezeichnet worden sind, wieder aufzuweisen. Die „Norwegia“ ist dann am 4. Oktober 1930 zu einem neuen Versuch auf den Nordpol aufzubrechen. Vom 19. Oktober ab kreuzte das Schiff an der Küste des Südpolmeeres. Am 11. Dezember befand sich das Schiff auf dem 63. Grad nördlicher Breite und dem 70. Grad östlicher Länge, worauf es nordwärts fuhr, um die Kimmrook-Inseln zu finden, die nicht zu finden waren. Am 24. Dezember lagte das Schiff nach allen Richtungen die angegebene Position, ohne auch nur die geringste Spur von Land zu finden. Bei Sonnenfelle ließ heraus, daß der Meeresspiegel im Durchschnitt 4000 Meter tiefer liegt, als man annahm. Darauf fuhr die „Norwegia“ weiter, um die Douglas-Inseln zu finden, stellte aber fest, daß auch diese Inseln, deren Position ebenfalls von Englandern angegeben worden ist, nicht vorhanden ist. An der fraglichen Stelle hatte das Meer eine Tiefe von 4000 Meter.

Verstümmelte Inseln im südlichen Eismeer.

Belmont hat nach norwegische Walfänger, um Expeditionsschiff „Norwegia“ bereits vor zwei Jahren und auch im vorigen Jahr verschiedene Jagdrien im Südpolmeere unternommen, um

Italienischer Südamerikafest geplant.

Das italienische Flugschiff „Garinella“, das in der Nacht zum Dienstag von Belairita nach Südamerika startete, hat den Weg von rund 8000 Kilometern bis in den späten Abendstunden des Dienstag zurückgelegt. Nachmittags um 6 Uhr Berliner Zeit wurden die Flugschiffe über der Insel Fernando Noronha gegen einen Motorantrieb in der Höhe von 3000 Metern auf der Sao Paulo-Alpen nieder. Die Besatzung wurde von einem italienischen Kreuzer aufgenommen. Das fliegende Flugzeug wurde auf offener See zur Landung angeordnet und ebenfalls von einem Dampfer aufgeholt.

Verhafteter Zigarettenhändler

Bei dem Versuch, 10.000 Zigaretten nach Deutschland einzuschmuggeln, wurde in Trier ein Mann verhaftet, der diesen Schmuggel mit Hilfe eines Behälters durchzuführen versuchte. Er gefasst und angeklagt wurde, als ob er zur Einrichtung eines Zigarettenwarengeschäfts gedient. Die Zigaretten sollten nach Frankfurt a. Main weitergegeben und von da nach anderen deutschen Großstädten, wo schon seit Monaten ein umfangreicher Verkauf geschmuggelter Zigaretten und anderer Zigaretten beobachtet worden sind. Der festgenommene Schmuggler hat bereits mehrere 100.000 Zigaretten über die Grenze geschafft. Er hatte Mitwisser. Man nimmt an, daß die Zigaretten nachts mit Rähnen über den Grenzfluß Saar befördert oder mit Tragflüglern in wasserabweisenden Gefäßen durch den Fluß gesogen worden sind.

150 Laifun-Lote.

Der über die Philippinen niedergegangene Laifun hat das Land fast überflutet. Man rechnet mit mindestens 150 Toten. Eine ganze Flotte von 30 Flugschiffen fiel dem Laifun ebenfalls zum Opfer. Die schwersten Schäden sind in der Provinz Baguio zu verzeichnen, wo Laifun überflutet und zerstört wurde, da die Ernte fast völlig zerstört ist.

Verstorbene Großbetreiber.

Am Dienstagmorgen in Berlin der 30jährige Kaufmann Willi Hauke und der 20jährige Kaufmann Ernst Albrecht durch Kriminalpolizei verhaftet. Beide haben durch Warenbesitz im Laufe des vergangenen Jahres mehr als 150.000 Mark erbracht.

Wieder Erdbeben in Süditalien.

In dem süditalienischen Erdbebengebiet von Melfi und Umgebung, das im letzten Jahr von einer furchtbaren Erdbebenkatastrophe betroffen wurde, waren in der Nacht zum Sonntag und ebenso in der Nacht zum Dienstag wieder Erdbeben zu verzeichnen. Zehntausende Häuser sind eingestürzt. Die eingeschickte Bevölkerung kam jetzt zur Zeit wieder im Freien.

Das Drama des italienischen Sozialismus

Bodeskampf der Freiheit

Von Pietro Kenni

Copyright 1930 by Verlag J. H. W. Dietz, Nachf., GmbH, Berlin. 41

Der Sozialismus hat drei Kategorien von Bürgern geschaffen: die Sozialisten, denen alles erlaubt ist; die Nichtsozialisten, die zu arbeiten und zu schweigen haben; und endlich die Antisozialisten, die bestraft sind. Ist nun ein solches Regime wirklich fair? Da muß man sich erst darüber einigen, was man unter fair versteht. Erst ist der Sozialismus schon, statt durch seine Ziele, durch seine Gesinnung, durch sein Ziel, durch seine Umwandlungsrichtung und durch seine Politik.

Die Grundlage des sozialistischen Systems ist die Spionage. Eine Hälfte der Italiener wird dazu angetrieben, die andere auszunutzen. Auf jedem Gebiet, sogar in den Fabriken, macht man Karriere nur um diesen Preis. Den Kollegen auszuspielen, den Nachbar, den Freund, die eigenen Angehörigen; die Vertriebsleiter der Polizei durch unendliche Informationen bereichern — das sind im sozialistischen Italien die Bürgerknechte.

armelige Ständeparlament nicht von den sozialistischen Parteien oder den Sozialisten aufgestellt, sondern einfach von der Regierung. Den Schritt bei den Wahlhandlungen führen — natürlich, um volle Unparteilichkeit zu gewährleisten — die Parteifunktionäre und die Polizei. Die Wähler werden beständig zum Wählen gezwungen. Jede Propaganda, außer der der Regierung, ist verboten.

bermochte dieses über jedem Bürger hängende Damoklesschwert tatsächlich Wunder zu wirken. So bleiben nur die wenigen Unbeglückten als Erbauer neuer Zeiten. Für sie, die durch die Not nicht zu brechen hilft, für jene hilflosen Waise, denen es fruchtbar macht, dem Schicksal zu trotzen, für die gibt es das Sondergericht.

Auch Kassen-Mitglieder beachten:

Die Augengläser
Prillen-Schmidt
Herstellung durch zwei Meister

53 Gr. Ullrichstr. 53 neben Schulstr.

